

Verein für kritische Geschichtsschreibung e.V. (Hg.)

WERKSTATTGESCHICHTE 88

reden über geld

Jg. 2023/2

[transcript]

Redaktion WERKSTATTGESCHICHTE:

Cornelia Aust, Claudia Berger, Maximilian Buschmann, Sarah Frenking, Katja Jana, Jochen Lingelbach, Annika Raapke, Yvonne Robel, Helen Wagner, Georg Wamhof

Anfragen an die Redaktion:

Yvonne Robel: robel@zeitgeschichte-hamburg.de

Herausgeber*innen des Thementeils:

Korinna Schönhärl, Frederike Schotters, Guido Thiemeyer

Rezensionsredaktion:

Andreas Hübner, Sebastian Kühn, Andreas Ludwig, Nina Reusch, Felix Schürmann, Katharina Seibert, Pavla Šimková, Lotte Thaa

Anfragen an die Rezensionsredaktion:

Nina Reusch: nina.reusch@gmx.net

FU Berlin

Koserstraße 20

14195 Berlin

Filmkritik:

Ulrike Weckel: Ulrike.Weckel@journalistik.geschichte.uni-giessen.de

Dingfest:

Marie Luisa Allemeyer: Marie.Luisa.Allemeyer@posteo.de

Homepage: www.werkstattgeschichte.de

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Indexiert in EBSCOhost-Datenbanken.

© 2023 transcript Verlag, Bielefeld

Alle Rechte vorbehalten. Die Verwertung der Texte und Bilder ist ohne Zustimmung des Verlages urheberrechtswidrig und strafbar. Das gilt auch für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und für die Verarbeitung mit elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Maria Arndt, Bielefeld

Umschlagabbildung: Broker in der New Yorker Börse während des Börsencrashes, der die Weltwirtschaftskrise einleitete (»Schwarzer Freitag«) am 25. Oktober 1929. Foto: AP Photo/STR, 1929 AP, Public Domain

Druck: Majuskel Medienproduktion GmbH, Wetzlar

Print-ISBN 978-3-8376-6352-5

PDF-ISBN 978-3-8394-6352-9

ISSN 0942-704X

eISSN 2701-1992

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

Besuchen Sie uns im Internet: <https://www.transcript-verlag.de>

Unsere aktuelle Vorschau finden Sie unter www.transcript-verlag.de/vorschau-download

Inhalt

Editorial	9
-----------------	---

THEMA

Mitgift, Widerlage, Wittum

Geld in dynastischen Heiraten (ca. 1450-1650)

<i>Charlotte Backerra, Cathleen Sarti</i>	15
---	----

Mission und Geld

Wie das Œuvre de la Propagation de la Foi seine Mittel verteilte

<i>Frederike Schotters</i>	29
----------------------------------	----

Als die Diplomatie das Geld entdeckte

Diskurse über Geld in der Lateinischen Münzunion zwischen 1865 und 1885

<i>Guido Thiemeyer</i>	43
------------------------------	----

Behind the Foreign Money "Screen"

The Balance of Payments Rationale and the Japanese Capital

Liberalization Discourse, 1950-1967

<i>Jonathan Krautter</i>	59
--------------------------------	----

Großbritannien, Deutschland und die Debatte um die britische Teilnahme am Europäischen Währungssystem 1985-1990

<i>Juliane Clegg</i>	73
----------------------------	----

WERKSTATT

»Wir waren so wütend und hilflos.«

Emotionsgeschichtliche Zugänge zu den Berufsverboten für linke Lehrkräfte
in den 1970er Jahren

<i>Jan-Henrik Friedrichs</i>	89
------------------------------------	----

DEBATTE

Vom Nutzen und Nachteil der Historie für das Leben

Oder: was könnten HistorikerInnen zum öffentlichen Diskurs über Asyl und Zwangsmigration beitragen?

Klaus Neumann 105

DINGFEST

Die Bibel

Esther Abel 121

EXPOKRITIK

Vielfalt als Nationalgeschichte. Das japanische Rekihaku Museum

Torsten Weber 125

REZENSIONEN

Neu gelesen: Sudhir Venkatesh, *The Underground Economy of the Urban Poor*

Ole Münch (London) 135

Paola A. Revilla Orías, *Entangled Coercion in Charcas*

Adrian Masters (Trier) 139

Melina Teubner, *Die »zweite Sklaverei« ernähren*

Claus und Katja Füllberg-Stolberg (Hannover) 142

Ute Kueppers-Braun, *Afrikanische Kindersklaven in europäischen Klöstern*

Eva Marie Lehner (Bonn) 145

Arpine A. Maniero, *Armenische Studierende in Deutschland*

Meliné Pehlivanian (Berlin) 148

Uwe Danker (Hg.), *Elitenkontinuitäten in Schleswig-Holstein*

Jan Ruhkopf (Stuttgart) 151

Andreas Ludwig (Hg.), *Neue Städte*

Ulrich Hofmeister (München) 154

Sabine Stach/Juliane Tomann (Hg.), *Historisches Reenactment*

Jörg van Norden (Bielefeld) 156

Arne Andersen, *Die Bergedorfer APO*

Udo Grashoff (Leipzig) 159

Harald Barre, *Tanzanian Nationalist Debates*

Felix Brahm (Bielefeld) 160

Christoph Kühberger (Hg.), Mit Geschichte spielen
Lukas Boch (Münster) 163

Jessica Bock, Frauenbewegung in Ostdeutschland
Pia Marzell (Jena)..... 166

Als die Diplomatie das Geld entdeckte

Diskurse über Geld in der Lateinischen Münzunion zwischen 1865 und 1885

Guido Thiemeyer

Abstract:

Between 1832 and 1862, the first international monetary union in the modern sense came into being in Europe with the so-called »Latin Monetary Union« between France, Belgium, Switzerland, and Italy. It was based on the fact that the newly founded states of Belgium (1832), Switzerland (1848) and Italy (1861) introduced a copy of the French franc as their currency. At the beginning of the 1860s, however, this monetary union was destroyed by an external shock. In 1865 the French government therefore took the initiative to re-establish the monetary union. However, it was not only a matter of restoration, but also of expansion. While the monetary union between 1832 and 1861 had been based on purely economic motives, domestic and foreign policy motives now played a central role in Paris. The French franc was to become the key currency of continental Europe and support the hegemonic political ambitions of the Second Empire. Monetary policy, it was argued, had become an instrument of foreign policy. Between 1865 and 1870, the French government held negotiations on joining the Latin Monetary Union with Prussia, the Habsburg Monarchy, the Scandinavian states, and other countries. Monetary policy thus expanded the French government's foreign policy options. But the instrument also had disadvantages: Whenever a member state got into economic and monetary difficulties (e.g. Italy in 1866), all member states of the monetary union were directly affected. Thus, on the one hand, the monetary union expanded the room for maneuver in foreign policy, but under certain conditions it could also restrict it. This article examines the ambivalent structures and processes of French monetary policy in the overall context of French foreign policy between 1865 and 1914 on the basis of hitherto unpublished sources from French and Italian archives.

Keywords: *Bimetallism, International Gold Standard, International Monetary Policy, Latin Monetary Union*

Das 19. Jahrhundert war in Europa geprägt durch die Konkurrenz zweier großer Währungsräume. Zum einen gab es die sogenannte Lateinische Münzunion, die seit 1832 schrittweise dadurch entstanden war, dass Belgien, die Schweiz und Italien das französische Franc-System übernahmen und damit die Wechselkurse zwischen ihren Währungen de facto fixierten. Mit dem Vertrag vom 23. Dezember 1865 wurde die Währungsunion auf eine völkerrechtliche Basis gestellt und existierte formal bis zum

31. Dezember 1926.¹ Zum anderen gab es den Internationalen Goldstandard, der dadurch entstand, dass immer mehr Staaten seit den 1870er-Jahren dazu übergingen, ihre Währung in Gold zu definieren und daher fixe und nur in engen Grenzen flexible Wechselkurse zueinander schufen.² Der Internationale Goldstandard existierte bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges 1914.

Im Zentrum dieses Aufsatzes steht die Lateinische Münzunion in den Jahren zwischen 1865 und 1885. Gefragt wird vielmehr nach den Diskursen über Geld, die im Rahmen dieses Währungsbündnisses geführt wurden. Wie veränderte sich durch die Diskurse und die Entwicklung des internationalen Staatensystems die Rolle des Geldes in den internationalen Beziehungen? Wer waren die Akteure der Debatten und welche Ziele verfolgten Sie? Zunächst wird es um die Gründung der Währungsunion gehen. Wie war die Lateinische Münzunion entstanden und warum entschloss sich die französische Regierung 1865, sie durch einen Vertrag neu zu begründen? Welche Debatten über Geld und seine Funktion in den internationalen Beziehungen wurden in diesem Kontext geführt? Die Zeit zwischen 1865 und 1885 war für die Währungsunion durch immer neue Krisen geprägt. Hierzu gehörte auch die italienische Entscheidung von 1866, einen Zwangskurs³ einzuführen. Zum Ende der 1870er-Jahre zwangen die anderen Mitgliedstaaten die italienische Regierung, diesen Zwangskurs wieder aufzugeben und eine Währungsreform durchzuführen. Die Debatten in diesem Kontext werden Gegenstand des zweiten Abschnitts sein. Und schließlich geht es um die Diskussionen bezüglich der Einführung einer so genannten Liquidierungsklausel, d.h. eine rechtlich geregelte Auflösung der Währungsunion, die in der Mitte der 1880er-Jahre geführt wurden. Insgesamt werden diese Fallbeispiele zeigen, dass sich die Debatten um die Währungspolitik zwischen 1860 und den 1880er-Jahren stark veränderten. Bis zu diesem Zeitpunkt wurde über Geld vor allem von Handelstreibenden oder in Wissenschaftskreisen diskutiert. Ab den 1860er Jahren entstand neben den wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Diskursen über Geld auch ein politischer Diskurs. Dieser zeitgenössisch neue diplomatische Diskurs steht im Mittelpunkt des Beitrages.

Die Gründung der Lateinischen Münzunion

Auch wenn die einschlägigen Enzyklopädien das Gründungsdatum der sogenannten Lateinischen Münzunion auf den 23. Dezember 1865 festlegen, begann die Geschichte dieser Währungsunion schon deutlich früher. Ihre Anfänge liegen im Jahre 1832, als der zwei Jahre zuvor gegründete belgische Nationalstaat eine eigene Währung ein-

1 Zur Geschichte der sogenannten Lateinischen Münzunion: Luca Einaudi, *Money and Politics. European Monetary Unification and the Gold Standard (1865–1873)*, Oxford 2001; Guido Thiemyer, *Internationalismus und Diplomatie. Währungspolitische Kooperation im europäischen Staatensystem 1865–1900*, München 2009; Henry Parker Willis, *A History of the Latin Monetary Union*, Chicago 1901.

2 Giulio M. Gallarotti, *The Anatomy of an International Monetary Regime. The Classical Gold Standard, 1880–1914*, Oxford 1995.

3 Zwangskurs bedeutete, dass die Notenbanken nicht mehr verpflichtet waren, das Geld zum gesetzlich fixierten Kurs in Edelmetall (Gold oder Silber) umzutauschen. Die Geldmenge wurde daher nicht mehr durch die Menge des Edelmetalls begrenzt.

führte.⁴ Das belgische Parlament entschied sich für eine Kopie der französischen Währung Franc, die damals als moderne Währung galt. Das lag einerseits am (bis heute üblichen) Dezimalsystem des Franc, das die alltäglichen Rechenoperationen sehr erleichterte. Zudem war der Franc eine bimetallistische Währung, d.h. sein Wert wurde durch eine genau definierte Menge an Gold und Silber definiert. Dies hatte gegenüber den monometallistischen Währungen (Gold *oder* Silber als Metallgrundlage) den Vorteil, dass die Geldmenge flexibler war. So wurde 1832 in Belgien eine exakte Kopie des französischen Franc als Währung eingeführt, die Münzen entsprachen in Stückelung und Feingehalt exakt den französischen.

Aus heutiger Sicht ist das bemerkenswert: Ein neu gegründeter Nationalstaat führte die Währung eines Nachbarstaates ein, die zudem auch noch dessen Namen trug (»Franc«). Hinter dieser Entscheidung standen vor allem Wirtschaftsinteressen. Es waren die Handelskammern in Belgien, die darauf verwiesen, dass Frankreich der wichtigste Handelspartner des Landes war, das zudem (im Gegensatz zu Deutschland in dieser Zeit) bereits ein einheitliches Währungssystem hatte. Der Anschluss an den Franc-Raum war also mit wirtschaftlichen Vorteilen verbunden. Daneben verwiesen belgische Währungsexperten darauf, dass der französische Franc den Vorstellungen einer unter technischen Aspekten optimalen Währung besonders nahe kam. Demgegenüber scheint das heute wichtige Argument, dass Geld ein nationales Hoheitssymbol ist und Geldpolitik nationalen Interessen zu folgen habe, keine Rolle gespielt zu haben.⁵ Denn obgleich die britische Diplomatie penibel darauf achtete, dass der neue Nationalstaat Belgien nicht unter französische Vorherrschaft geraten würde, und jeden politischen Einfluss der Pariser Regierung auf den nördlichen Nachbarn zu unterbinden versuchte, störten sich die Briten an der Übernahme des Franc in keiner Weise. Die Währungspolitik wurde damals von den Diplomaten offenbar nicht als ein Instrument angesehen, mit dessen Hilfe Frankreich Einfluss auf den jungen Staat hätte gewinnen können.

Ähnlich war die Situation einige Jahre später in der Schweiz.⁶ Die Helvetische Konföderation war aus dem Sonderbundskrieg 1850 als Bundesstaat hervorgegangen und auch hier musste eine neue Währung eingeführt werden. Wie in Belgien fiel auch in der Schweiz der Blick nach Frankreich, obwohl es in der mehrheitlich deutschsprachigen Ostschweiz den Wunsch gab, sich dem süddeutsch-österreichischen Silberstandard anzuschließen. Für den Franc sprachen schließlich wie in Belgien die praktischen Aspekte, aber auch die Tatsache, dass in der napoleonischen »République Helvétique« bereits mit Franc bezahlt worden war. Mit dem Gesetz vom 7. Mai 1850 wurde in der Schweiz daher auch eine Währung mit der Bezeichnung Franc eingeführt. Auch hier scheinen nationale Diskurse in Bezug auf die Währung noch eine untergeordnete Rolle gespielt zu haben.

Komplizierter waren die Verhältnisse in Italien, als dort 1861 der Nationalstaat gegründet wurde.⁷ Sardinien-Piemont, der Kernstaat Italiens, hatte enge Handelsbeziehungen nach Frankreich und orientierte sich an der dortigen Währungspolitik. Im üb-

4 Valéry Janssens, *Le Franc belge. Un siècle et demi d'histoire monétaire*, Brüssel 1976.

5 Vgl. hierzu den Beitrag von Juliane Clegg in diesem Heft.

6 Kurt Blaum, *Das Geldwesen in der Schweiz seit 1798*, Straßburg 1908, S. 3-81; Paul Hagenbach, *Die Entwicklung zur Goldwährung in der Schweiz*, Weinfelden 1929, S. 9-17; Herbert Rittmann, *Deutsche Geldgeschichte 1484-1914*, München 1975, S. 653-673.

7 Peter Hertner, *Italien 1850-1814*, in: Wolfram Fischer (Hg.), *Handbuch der Europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte*, Bd. 5, Stuttgart 1985, S. 765-770.

rigen Land, vor allem in der Lombardei und der Emilia-Romagna, bediente man sich der österreichischen Silberwährung. Wie in vielen anderen Dingen konnte sich auch in der Währungsfrage Sardinien-Piemont durchsetzen und die 1861 eingeführte Lira Italiana wurde eine Kopie des französischen Franc. Im Unterschied zu Belgien und der Schweiz wurde der Name von der Piemontesischen Währung übernommen, in technischer Hinsicht aber entsprach die Lira in Stückelung und Feingehalt der Münzen dem französischen Franc. Mit diesen jeweils nationalen Entscheidungen war zwischen 1832 und 1861 eine De-facto-Währungsunion entstanden, indem sich die neu gegründeten Nationalstaaten dem französischen System angeschlossen hatten. Die Münzen der Staaten waren in Feingehalt und Stückelung identisch und wurden deswegen auch in den anderen Währungsräumen akzeptiert. Entscheidend für die Entstehung der De-facto-Währungsunion waren offenbar überwiegend wirtschaftliche Argumente gewesen, d.h. die Währungsfrage wurde weitgehend pragmatisch behandelt, ohne dass die Akteure eine eventuelle politische oder kulturelle Bedeutung des Geldes überhaupt zur Sprache gebracht hätten.

Doch geriet die De-facto-Währungsunion zu Beginn der 1860er Jahre in eine Krise.⁸ Dies hatte vor allem mit einem ihrer zentralen Konstruktionsprinzipien, dem Bimetallismus, zu tun. Beide Währungsmetalle, Gold und Silber, dienten als Grundlage der Währung und mussten daher in einem fixierten Austauschverhältnis zueinander stehen, das bei 1:15,5 lag, d.h. eine Einheit Gold entsprach 15,5 Einheiten Silber. Allerdings begann sich das Verhältnis zwischen den beiden Währungsmetallen auf den Weltmärkten in den 1850er-Jahren zu ändern. Der Grund waren umfangreiche Goldfunde in Kalifornien und Australien. Die Goldmenge der Welt, so die allgemeine Erwartung, würde sich beträchtlich erhöhen. Gold verlor daher gegenüber dem Silber an Wert, so dass das Verhältnis zwischen beiden nur noch 1:15 betrug. Die Konsequenzen für die Länder mit bimetalistischen Systemen waren gravierend: Weil die Menschen einen weiteren Verfall des Goldpreises erwarteten, horteten sie Silber und versuchten, ihre Goldbestände möglichst schnell loszuwerden. Schon bald bemerkte man eine allgemeine Silber-Knappheit, allein Frankreich verlor zwischen 1855 und 1860 zehn Prozent seiner Silberbestände. Die Regierungen griffen nun zu Gegenmaßnahmen: Frankreich senkte den Feingehalt der Silbermünzen, ebenso die Schweiz, allerdings je zu einem anderen Satz. Da die Identität der Silbermünzen nun nicht mehr gewährleistet war, verbot das französische Finanzministerium 1861 die Annahme der schweizerischen Münzen an den öffentlichen Kassen in Frankreich. Ähnlich reagierten Italien und Belgien. Damit war die schrittweise entstandene De-facto-Währungsunion durch den externen Schock der Goldfunde und die unkoordinierten Gegenaktionen der Regierungen wieder zerstört worden.

Allerdings wurde dies in allen vier beteiligten Ländern bedauert. Jedenfalls forderte der französische Finanzminister Achille Fould das Außenministerium im Januar 1865 auf, die Währungsunion auf diplomatischem Wege wiederherzustellen:

»Diese Änderungen, die ohne vorherige Absprache vorgenommen wurden, haben den Nachteil, dass sie einen illegalen Handel fördern, der den Interessen der Regierungen sehr abträglich ist. [...] Diese Maßnahmen sind geeignet, Unruhe in die internationalen

8 Marc Flandreau, *L'or du monde. La France et la stabilité du système monétaire international 1848–1873*, Paris 1995, S. 13–21.

Beziehungen zu bringen, und es wäre im Interesse aller Regierungen, sie zu beseitigen. Ich hielt es für möglich, dieses Ergebnis auf diplomatischem Wege zu erreichen, indem die Herstellung und der Umlauf von Scheidemünzen⁹ in jedem der beteiligten Länder durch ein Sonderabkommen einheitlich geregelt wird.«¹⁰

Das Dokument ist insofern bemerkenswert, als damit erstmals in der Geschichte der Lateinischen Münzunion Diplomaten aktiv wurden. Bislang waren die währungspolitischen Diskussionen von den Handelskreisen und den Wissenschaftlern dominiert worden, nun griffen auch Diplomaten in die währungspolitischen Debatten ein. Es ging nun um die »Interessen der Regierungen« und um »Unruhe in den internationalen Beziehungen«, die durch die geldpolitischen Veränderungen ausgelöst worden waren. Als Konsequenz lud die französische Regierung am 11. Februar 1865 die Regierungen der Schweiz, Belgiens und Italiens zu einer Konferenz nach Paris ein, auf der über die Wiederherstellung der Währungsunion verhandelt werden sollte. Die Konferenz fand im November und Dezember 1865 statt. Schnell einigten sich die Delegierten unter französischer Führung auf eine neue Währungsunion, die durch einen Vertrag geschlossen wurde, in dem die technischen und politischen Voraussetzungen für die Währungsunion fixiert wurden.¹¹ Mit diesem Vertrag änderte sich die Struktur der Währungsunion. Hatte sie bislang, wie geschildert, darauf beruht, dass einzelne Staaten aus ökonomischen Gründen sich entschlossen hatten, das französische System zu übernehmen, wurde sie nun ein Element des Völkerrechts und einer über den Staaten stehenden Rechtsordnung. Damit veränderten sich auch die Akteure der Diskurse über Geld und Währungen: Waren dies bislang wirtschaftliche Akteure und Wissenschaftler gewesen, so sprachen nun auch Diplomaten in den Währungs-Diskursen mit.

Damit allerdings nicht genug: Der Vertrag vom 23. Dezember 1865 stellte nicht nur die De-facto-Währungsunion wieder her, sondern ging politisch über sie hinaus. Der auf französischen Wunsch eingefügte Artikel 12 des Vertrages lautete: »Das Recht zum Beitritt zum gegenwärtigen Verträge ist jedem Staate vorbehalten, der die Verbindlichkeiten desselben übernehmen und das Vereinsmünzsystem in betreff der Gold- und Silbermünzen einführen will.«¹² Die französische Regierung übernahm nun die politische Initiative für eine Ausweitung der Währungsunion. Am 5. Dezember 1866 übersandte das Außenministerium ein Rundschreiben an ausgewählte diplomatische Vertreter des Landes in Europa, das den Vertragstext der Währungsunion enthielt und die Botschafter aufforderte, die Regierungen ihrer Gastländer auf die Möglichkeit eines Beitritts hinzuweisen.¹³ Damit wird deutlich, dass es der französischen Regierung in der Mitte der 1860er Jahre nicht allein darum ging, die durch die externen Schocks zerstörte Währungsunion auf der Basis eines völkerrechtlichen Vertrags

9 Scheidemünzen sind solche, bei denen der Materialwert geringer als der Nominalwert ist.

10 *Ministre de Finances (Achille Fould) à Ministère des Affaires Etrangères*, 19.1.1865, *Archives Diplomatiques du Ministère des Affaires Etrangères (MAE), Convention Monétaire de 1865. 1865–1880, Vol. 602/3, Dossier 2, Nr. 2*, (Übersetzung der französischen Dokumente durch den Autor).

11 Vertragstext in: Franz Knipping (Hg.), *Das System der Vereinten Nationen und seine Vorläufer*, Bd. 2. *Vorläufer der Vereinten Nationen. 19. Jahrhundert und Völkerbundzeit*, Bern 1996, Dok. Nr. 15, S. 291–301.

12 Ebd., S. 299.

13 *Le Ministre des Affaires Etrangères à Berne, Turin, Bruxelles*, 1.2.1867, *MAE Convention monétaire de 1865, 1865–1880, Vol. 602/603, Dossier 2, Nr. 4*.

wiederherzustellen, sondern dass das Ziel nun eine europäische Währungsunion geworden war. Während Frankreich bis 1865 in der Währungsunion eine passive Rolle gespielt hatte und andere Staaten das französische System übernommen hatten, ohne dass die Pariser Regierung hätte aktiv werden müssen, wurde die Ausweitung der Währungsunion nun zu einem Bestandteil französischer Außenpolitik. Damit einher ging auch eine Bedeutungszuschreibung des Geldes durch die Diplomaten. Dieses war nun aus ihrer Sicht nicht mehr allein ein Zahlungsmittel, sondern zugleich ein Instrument politischer Machtausübung.

Wie war es zu diesem Wandel gekommen? Schon vor den Verhandlungen hatte der französische Finanzminister Achille Fould über die wirtschaftlichen Vorzüge einer Ausweitung der Währungsunion auf Europa räsoniert:

»Es ist offensichtlich, dass es unbestreitbare Vorteile hätte, in Europa einen großen Geldumlauf zu schaffen, der sich an ein einziges System anschließt und in seinem realen und nominalen Wert identisch ist. Dieser Umlauf würde sich bald mit dem anderer Länder angleichen, und man könnte die Zeit absehen, in der unter dem Einfluss eines einheitlichen Währungssystems Barzahlungen von den Schwankungen der Währungen geschützt würden.«¹⁴

Das war die ökonomische Sicht der Dinge: Europa sollte eine einheitliche Währung erhalten, um die Transaktionskosten für den in dieser Zeit rasant zunehmenden grenzüberschreitenden Handel zu senken. Doch damit nicht genug. In einem Bericht an Napoleon III. betonte der Finanzminister die französischen Ursprünge des Konzeptes. Die neue vertragliche Grundlage für die Währungsunion und ihre Ausweitung auf Europa sei

»ein internationaler Erlass, der bedeutende Vorteile im Handelsverkehr von mehr als 66 Millionen Menschen bringen kann, die trotz der Verschiedenheit der Sprachen und der Nationalitäten unter einem Währungssystem vereint sind, dessen Name und Ursprung französisch bleiben.«¹⁵

Noch pathetischer formulierte der Architekt des Währungsvertrages, der im 2. Kaiserreich sehr einflussreiche Félix Esquirou de Parieu, in einem Artikel für die *Revue Contemporaine*: »Der Franc hat also eine große Chance, eines Tages eine der grundlegenden Silben in einer universellen Sprache der Werte zu sein.«¹⁶ Damit wird ein weiterer Aspekt der französischen Währungspolitik deutlich: Es ging auch darum, im Rahmen einer Hegemonialpolitik die französischen Standards in Europa verbindlich zu ma-

14 Le Ministre des Finances à Ministre des Affaires Etrangères, 18.5.1865, MAE Convention Monétaire de 1865, 1865–1880, Vol. 602/3, Dossier 2, Nr. 6.

15 Report addressed to his Majesty the Emperor by his Excellency the Minister of Finance, 14.4.1866, in: International Monetary Conference held, in compliance with the invitation extended to certain governments of Europe by the government of the United States, in pursuance of the 2. section of the act of congress of February 28, 1878, in Paris, in August 1878 ... Senate Executive Document No. 58, 45, Congress, 3. Session, Washington 1879, S. 786.

16 Félix Esquirou de Parieu, L'Union monétaire de la France, de l'Italie, de la Belgique et de la Suisse, le Münzverein latin, in: *Revue Contemporaine* 15 (1866) 53, S. 617–636, hier S. 636.

chen. Dies passt auch in die von der Forschung schon länger betonten außenpolitischen Absichten Napoleons III. spätestens seit 1856. Aus seiner Sicht sollte Frankreich die führende Macht in Kontinentaleuropa werden. Hierzu war nicht nur eine klassische diplomatisch und militärisch gestützte Machtpolitik notwendig, sondern auch eine französische Hegemonie in der Wirtschaft. Französische Standards sollten zu europäischen Standards werden. Gabriele Metzler hat darauf hingewiesen, dass dies auch ein wichtiges Element britischer Herrschaft im Empire des 19. Jahrhunderts gewesen ist: Es ging darum, die eigenen Maßstäbe international verbindlich zu machen.¹⁷ Es wäre zweifellos von großem Vorteil für die französische Politik gewesen, wenn das französische Währungssystem die Grundlage für eine europäische Währungsunion geworden wäre. Damit aber wandelte sich der Diskurs über Geld und Währungspolitik.

Das französische Konzept war zunächst recht erfolgreich. 1868 trat Griechenland der Lateinischen Münzunion bei, ab 1867 wurden Verhandlungen mit der Donaunomarchie geführt. Auch der preußische Ministerpräsident Otto von Bismarck äußerte zumindest intern Interesse daran, dass Preußen, das ohnehin vor die Notwendigkeit einer Währungsreform gestellt war, sich dem französischen Standard anschließen sollte.¹⁸ In Skandinavien wurde ebenfalls über einen Anschluss an das französische Währungssystem diskutiert. Im Sommer 1867 fand in Paris anlässlich der Weltausstellung eine internationale Währungskonferenz statt, auf der Währungsexperten, die von den Regierungen ihrer Länder entsandt worden waren, über eine »Weltmünze« berieten. Auch wenn der britische Delegierte klar signalisierte, dass sein Land sich keinem bimetallistischen System anschließen würde, gab es doch auch viel Zustimmung von den Währungsexperten zum französischen System. Und doch scheiterte das französische Projekt einer europäischen Währungsunion unter der Führung des Franc. Der Grund war die militärische Niederlage Frankreichs gegen Preußen/Deutschland von 1871, die sehr schnell zur Gründung des Deutschen Reiches mit einer eigenen Währung führte, der Goldmark. Die Entscheidung des Reiches für die Goldmark veränderte die währungspolitische Situation Europas vollständig.¹⁹ Nun war in der Mitte des Kontinents ein Währungsblock entstanden, der in Bezug auf die Größe und die wirtschaftliche Bedeutung den französischen Währungsraum deutlich übertraf. Über die Goldwährung war er zudem an den global dominierenden britischen Währungsraum angeschlossen. Jene Staaten, die zuvor über einen Anschluss an das Franc-System diskutiert hatten, orientierten ihre Währungspolitik nun am britisch-deutschen Modell. Dies traf auf die skandinavischen Staaten zu, auf die Niederlande, vor allem aber auch auf die Staaten der Lateinischen Münzunion: Diese suspendierte

17 Gabriele Metzler, *Großbritannien – Weltmacht in Europa. Handelspolitik im Wandel des europäischen Staatensystems 1856–1871*, Berlin 1997.

18 Guido Thiemeyer, *Otto von Bismarck und die internationale Währungspolitik 1868–1880*, in: Michael Epkenhans/Ulrich von Hehl (Hg.), *Otto von Bismarck und die Wirtschaft*, Paderborn 2013, S. 97–120.

19 Gerd Hardach/Sandra Hartig, *Der Goldstandard als Argument in der internationalen Währungsdiskussion*, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte/Economic History Yearbook* 39 (1998), 1, S. 125–142; Andreas Witte, »Zum Golde drängte alles«? Die Genese des klassischen Goldstandards, diskretionäre Notenbankpolitik und das Klischee von Mythos versus Realität, in: *Bankhistorisches Archiv. Zeitschrift zur Bankengeschichte* 37 (2011), 1, S. 1–61; Guido Thiemeyer, »Une Révolution Monétaire Générale en Europe«. Die deutschen Nationalliberalen und die Entscheidung für den Goldstandard im Deutschen Reich 1871/73, in: Eckart Conze/Ulrich Lappenküper/Guido Müller (Hg.), *Geschichte der internationalen Beziehungen. Erneuerung und Erweiterung einer historischen Disziplin*, Köln 2004, S. 139–168.

im Januar 1874 zunächst vorübergehend die Ausprägung von Silbermünzen und ging damit de facto ebenfalls zum Goldstandard über. Was zunächst als Provisorium gedacht war, entwickelte sich zur Dauerlösung.

Der Zwangskurs in Italien

Eine weitere wichtige Diskussion entstand in der Lateinischen Münzunion durch die Einführung des Zwangskurses in Italien. Kurz nach der Unterzeichnung des Währungsvertrages über die Lateinische Münzunion führte die italienische Regierung am 1. Mai 1866 den Zwangskurs ein. Das bedeutete, dass die Banken nicht mehr verpflichtet waren, die Silber- und Goldmünzen der Länder der Währungsunion in Edelmetall umzutauschen und umgekehrt. Der Grund für diese Maßnahme war der Krieg gegen die Habsburgermonarchie, der zwar 1866 zum Erwerb des Veneto führte, aber zugleich sehr kostspielig war. Die italienische Regierung war mehrfach gezwungen, neue Kredite aufzunehmen, und hierzu war die Bindung der Währung an Gold und Silber hinderlich. Die Loslösung der Geldmenge von ihrer Metalldeckung allerdings führte dazu, dass in Italien ab 1866 zunehmend mit Papiergeld gezahlt wurde. Die Menschen versuchten, die Gold- und Silbermünzen zu horten, um damit im Ausland bezahlen zu können. Die Folge war, dass die anderen Mitglieder der Lateinischen Münzunion, vor allem Frankreich, von italienischen Münzen überschwemmt wurden. Damit stieg dort die Geldmenge an und führte zu einer Inflation. Die Edelmetalle dienten nicht mehr zu Zahlungszwecken, sondern waren, wie eine Aufzeichnung des französischen Finanzministeriums im Frühjahr 1866 resümierte, zu eigenständigen Waren geworden. In Italien dagegen hatte das Papiergeld das nach damaligem Verständnis hochwertigere Metallgeld weitgehend verdrängt. Die italienische Regierung hatte ihr durch den Krieg ausgelöstes Finanzproblem also zumindest zu einem Teil auf Kosten der Partnerländer in der Lateinischen Münzunion gelöst.

Die italienische Politik löste innerhalb der Währungsunion erhebliche Diskussionen aus. Keine der beteiligten Regierungen war bereit, die Kosten für die italienischen Kriege, wenn auch nur teilweise, zu tragen. Im Januar 1868 erklärte der französische Finanzminister Pierre Magne, dass die Währungsunion auch eine wechselseitige Kontrolle der Geldpolitik der Mitgliedstaaten nötig mache:

»Ogleich die Konvention vom 23. Dezember 1865 nur auf Gold- und Silbermünzen Anwendung findet und jeder Staat in Bezug auf die Scheidemünzen seine volle Handlungsfreiheit bewahrt hat, steht dennoch fest, dass die Währungsunion generell als Folge eine gegenseitige und wirksame Kontrolle zwischen den durch die Konvention gebundenen Staaten nach sich zieht.«²⁰

Magne sprach sich daher dafür aus, dass die Mitgliedstaaten der Währungsunion sich für die Rückkehr Italiens zum normalen, durch den Bimetallismus gedeckten Währungssystem einsetzen sollten. Frankreich sollte also seinen Einfluss als Hegemonial-

20 Magne à MAE, 16.1.1868, MAE Direction Commerciale. Questions monétaires, Vol. 604. Vgl. auch Luca Einaudi, *Monetary Unions and Free Riders. The Case of the Latin Monetary Union (1865–1878)*, in: *Rivista di Storia Economica* (1997), S. 327–362, hier S. 335.

macht der Währungsunion gegenüber Italien einsetzen. Dies allerdings erwies sich als nicht so einfach. Zum einen ging auch Frankreich im Zuge des Krieges von 1870/71 zum Zwangskurs über und konnte daher schlecht von der italienischen Regierung die Rückkehr zur Metalldeckung fordern. Nach der Niederlage von 1871 und ihren währungspolitischen Konsequenzen war die französische Hegemonie auch innerhalb der Lateinischen Münzunion zumindest zeitweise infrage gestellt. Zum anderen war auch Italien nach der Eroberung Roms und dem Umzug der Regierung in die neue Hauptstadt 1871 erneut mit hohen Kosten konfrontiert, sodass eine Rückkehr zur Metalldeckung aus wirtschaftlichen Gründen schwierig war. Erst nachdem sich die politische Situation Europas in der zweiten Hälfte der 1870er-Jahre wieder beruhigt hatte, drängten die französische, schweizerische und belgische Regierung vehement auf eine Rückkehr Italiens zur Metalldeckung.

Die Situation hatte sich inzwischen für beide Länder verschärft: Nicht nur, dass ein Großteil der italienischen Silbermünzen in diese Länder geflossen und dort vor allem in den öffentlichen Kassen eingezahlt worden war, noch problematischer war die hohe Anzahl an italienischen Scheidemünzen, die in die Mitgliedstaaten der Währungsunion geströmt war. Der Grund lag wie schon 1866 darin, dass in Italien unter den Bedingungen des Zwangskurses vor allem mit Papiergeld gezahlt, Metallgeld aber gespart oder im Ausland ausgegeben wurde. Erneut wurde die Inflation aus Italien daher in die Mitgliedstaaten der Währungsunion übertragen, ohne dass diese sich dagegen wehren konnten. Die Frage war nun, wer für die hieraus entstandenen Kosten zu haften hatte.

Am 10. Oktober 1878 einigte man sich schließlich darauf, dass die italienischen Scheidemünzen in den Beständen der Vertragspartner nach Italien zurückgeführt werden sollten. Sie würden dort von den Notenbanken im Tausch gegen Papiergeld, das zu vernichten war, wieder ausgegeben werden, so dass sich der Papiergeldumlauf verringern würde. Der italienischen Regierung entstanden hierdurch Kosten in zweierlei Hinsicht: Zum einen musste sie die Scheidemünzen zum Nominalwert zurücknehmen, obgleich der Materialwert geringer war. Zum anderen aber wurde das Papiergeld reduziert und eingezogen, und auch dessen Wert musste von der italienischen Regierung ersetzt werden. Die Partnerländer würden Italien zur Finanzierung dieser Maßnahme festverzinsliche Kredite gewähren, bis der Zwangskurs aufgegeben werden konnte. Zudem wurde die italienische Regierung verpflichtet, eine Währungsreform durchzuführen, um zukünftige Währungskrisen zu verhindern.²¹ Das bedeutete für Italien die Rückkehr zum Bimetallismus des Jahres 1865.

Alles in allem gelang es den Mitgliedstaaten der Lateinischen Münzunion im Spätsommer 1878, die italienische Regierung vom Zwangskurs abzubringen, obgleich das für die italienische Wirtschaft und Gesellschaft mit Opfern verbunden war. Eben dies warf der italienische Währungsexperte und spätere Finanzminister Luigi Luzzatti den Partnerregierungen in der Währungsunion vor. Die italienischen Delegierten auf der Währungskonferenz hätten den Maßnahmen zwar zugestimmt. »Sie waren sich jedoch nicht darüber im Klaren, dass sie durch die Aufnahme der Verpflichtung, die kleinen Banknoten einzuziehen und keine neuen auszugeben, die nationale Souverä-

21 Conférence Monétaire entre La Belgique, La France, La Grèce, L'Italie et la Suisse en 1878, Procès Verbaux, MAE Direction Commerciale, Questions Monétaires, Vol. 610, S. 23.

nität (Italiens, G.T.) verletzt, die naturgemäß unverletzbar ist.«²² Luzzatti sah also durch die von den übrigen Mitgliedern der Währungsunion verhängten Zwangsmaßnahmen gegen Italien die Souveränität des Landes eingeschränkt. Ihm antwortete der belgische Liberale Hubert Frère-Orban, der ebenfalls zu den Währungsexperten der Zeit gehörte und zugleich einer der führenden Politiker in Belgien war. Nicht nur die Maßnahmen der Währungsunion gegen Italien hätten dessen nationale Souveränität eingeschränkt, sondern Italien habe durch die Einführung des Zwangskurses und die dadurch entstandenen Probleme die nationale Souveränität der Mitgliedstaaten eingeschränkt.²³ Es ging also nicht mehr nur um die Probleme der Währungsunion, sondern um den Wandel der internationalen Politik, der durch völkerrechtliche Verträge wie den über die Währungsunion vorangetrieben wurde. »Alle derartigen Verträge, die Handelsabkommen selbst, sind Einschränkungen des souveränen Rechts eines jeden Staates, seine Währung oder seine Zolltarife nach eigenem Ermessen zu regeln«, stellte Frère-Orban in einem Schreiben an Luzzatti fest.²⁴ Im April 1883 wurde der Metallstandard in Italien wiederhergestellt.

Die Debatte um die Liquidierungsklausel der Lateinischen Münzunion

In der Mitte der 1880er-Jahre entstand im Rahmen der Lateinischen Münzunion eine neue Debatte über die Währungsordnung. Diesmal ging es darum, dass die französische Regierung bei einer Verlängerung eine sogenannte Liquidierungsklausel in den Vertrag aufnehmen wollte. Das bedeutete, dass vertraglich geregelt werden musste, wie bei einem Austritt eines Landes oder einer völligen Auflösung der Währungsunion die entstandenen Kosten verteilt werden sollten. Kosten würden in so einem Fall dadurch entstehen, dass alle Staaten bis 1875 größere Mengen silberner Fünf-Franc-Stücke emittiert hatten. Allerdings fiel spätestens seit dem Übergang des Deutschen Reiches zur Goldwährung der Preis des Silbers auf den Finanzmärkten gegenüber dem Gold. Die Menschen in der Lateinischen Münzunion versuchten daher, Silbermünzen loszuwerden, am besten bei den öffentlichen Kassen, die – beispielsweise beim Eintreiben der Steuern – verpflichtet waren, Silber zu akzeptieren. Daher lagerte ein großer Teil der silbernen Fünf-Franc-Stücke in den Beständen der Banque de France. Der Materialwert der Fünf-Franc-Silbermünzen betrug allerdings 1885 nur noch vier Franc. Der Verlust für die französische Regierung durch diese Entwicklung wurde von der deutschen *Allgemeinen Zeitung* 1885 auf 50 bis 60 Millionen Franc geschätzt.²⁵ Unter diesen Bedingungen hatte vor allem die französische Regierung Interesse an einer rechtlichen Regelung der Kostenverteilung im Falle einer Auflösung der Währungsunion. Sie forderte daher eine Liquidierungsklausel im neuen Vertrag als Voraussetzung für die Verlängerung des Währungsvertrages insgesamt. Die Regierungen der Schweiz und Italiens waren mit einer solchen Liquidierungsklausel einverstanden.

22 Luigi Luzzatti in: *L'opinion*, 15.1.1879, zit.n. Luigi Luzzatti, *Memorie*, Volume Secondo (1876–1900), Bologna 1935, S. 127.

23 Frère-Orban an Luzzatti, 1.5.1879, in: Luzzatti, *Memorie*, Volume Secondo, S. 128.

24 Ebd.

25 *Allgemeine Zeitung*, 18.6.1885.

Ganz anders war die Situation in Belgien. Dort waren in den ersten Jahren der Währungsunion besonders viele silberne Fünf-Franc-Stücke geprägt worden, von denen ein nicht unerheblicher Teil nun in den Beständen der Banque de France lagerte. Im Falle einer Liquidierung der Währungsunion wäre Belgien verpflichtet gewesen, diese Münzen zurückzunehmen und den aus dem Silberpreisverfall resultierenden Verlust auszugleichen. Dies wollte man in Brüssel nicht akzeptieren. Auf der Währungskonferenz der Lateinischen Münzunion im Sommer 1885 in Paris erklärte der belgische Delegierte Eudore Pirmez seine Opposition gegen die Liquidierungsklausel: Belgien habe bislang stark unter der Politik der anderen Staaten in der Währungsunion gelitten. Kaum sei sie gegründet worden, habe Italien den Zwangskurs verhängt, gleiches hätten Frankreich und auch Griechenland später gemacht.²⁶ Der Zwangskurs sei aber im Vertrag nicht vorgesehen gewesen, in ihm liege die Ursache für die gegenwärtigen Probleme. Dann ging Pirmez allerdings noch wesentlich weiter in seiner Argumentation: Eine Liquidierungsklausel sei gegen den Geist des Währungsvertrages. Die belgischen Silbermünzen seien unter den Bedingungen des Vertrages geprägt worden, sie seien vollwertige Zahlungsmittel. »Wer sie besitzt, trägt das Risiko für den Wertverlust des Metalls, das sie enthalten, und sie sind auf eigene Gefahr.«²⁷ Verantwortlich für den Wert der Münzen sei also nicht die Regierung, die sie ausgegeben habe, sondern der jeweiligen Besitzer. Wenn der Materialwert der silbernen Fünf-Franc-Stücke nun also unter dem Nennwert liege, dann sei das das Problem des jeweiligen Besitzers und nicht des Herausgebers.

Dem widersprach der italienische Delegierte Luigi Luzzatti: »Es ist der Glaube an die Regierung, die sie ausgegeben hat, der Glaube an die internationale Garantie, die sich aus den Abkommen ergibt, dass diese Münzen weiterhin zirkulieren und in der Union ihre Währungsfunktion erfüllen.«²⁸ Der Wert des Geldes entstand also in der Argumentation Luzzattis nicht durch den Materialwert der Silbermünzen, sondern durch das Vertrauen, das die Wirtschaftssubjekte der ausgebenden Institution entgegenbrachten. Unabhängig von den währungstheoretischen Unterschieden, die auf der diplomatischen Konferenz nicht weiter diskutiert wurden, verwies Luzzatti zudem darauf, dass, wenn Belgien die Liquidierungsklausel nicht akzeptiere, die Existenz der Währungsunion auf dem Spiel stehe. Die Diskussion wurde abgebrochen und die belgische Delegation reiste aus Paris ab, ohne dass es zu einer Einigung gekommen war.²⁹

Das Scheitern der Währungskonferenz im Sommer 1885 führte in der europäischen Öffentlichkeit zu Spekulationen über das Ende der Lateinischen Münzunion. Die Berliner *National-Zeitung* meldete, dass Belgien »wahrscheinlich« aus der Währungsunion austreten werde, die *Allgemeine Zeitung* aus München hatte »keinen Zweifel« daran, dass dies noch 1885 geschehen werde.³⁰ Auch im belgischen Parlament herrschte die Meinung vor, dass Belgien die Währungsunion unter diesen Bedingungen verlassen müsste. Ministerpräsident Auguste Beernaert verteidigte vor der Kammer den Ab-

26 Korinna Schönhärl, *Finanziers in Sehnsuchtsräumen. Europäische Banken und Griechenland im 19. Jahrhundert*, Göttingen 2017, S. 340, 360.

27 *Conférence Monétaire entre la Belgique, la France, la Grèce, l'Italie et la Suisse en 1885, procès-verbaux*, Paris 1885, S. 3.

28 Ebd., S. 20.

29 Henry Parker Willis, *Latin Monetary Union*, S. 223–225.

30 *National-Zeitung*, 3.8.1885; *Allgemeine Zeitung*, 15.8.1885.

bruch der Verhandlungen durch die belgische Delegation damit, dass Belgien, sollte eine Liquidierungsklausel in den Währungsvertrag eingeführt werden, Gefahr laufe, für die Verfehlungen der Währungspolitik Frankreichs, Italiens und Griechenlands in den letzten Jahren zahlen zu müssen, obwohl es hierfür keine Verantwortung trage. Die Haltung der Regierung in dieser Frage wurde von Oppositionsführer Hubert Frère-Orban, der sich ja schon zuvor skeptisch gegenüber der Währungsunion und der französischen Hegemonie gezeigt hatte, voll gedeckt:

»Es ist nicht so, meine Herren, dass ich, wenn ich mein Bedauern über das Ende der Union zum Ausdruck bringe, den Schrecken teile, den einige bei dem Gedanken an diesen Bruch zu empfinden scheinen. Diese Union hat unbestreitbar ihre Vorteile, aber sie bietet auch Nachteile. Hellsichtige Menschen sind davon überzeugt, dass ein Land seine monetäre Unabhängigkeit nicht aufgeben sollte, und wenn ich mir ansehe, was heute geschieht, bin ich fast versucht, diese Ansicht zu teilen.«³¹

Erneut ging es also um nationale Unabhängigkeit, um die Souveränität der Staaten, die, diese Erfahrung machten die Diplomaten immer wieder, durch die Währungsunion eingeschränkt wurde.

Die parteiübergreifende belgische Entschlossenheit, eher die Auflösung der Währungsunion hinzunehmen als eine Liquidierungsklausel, überraschte die Verantwortlichen in Paris offenbar. Insbesondere Außenminister Charles Freycinet war alarmiert: Es bestehe die Gefahr, so schrieb er an Finanzminister Sadi Carnot, dass Belgien sich nach einem Austritt aus der Währungsunion währungspolitisch dem Deutschen Reich zuwende und mit diesem gar eine neue Währungsunion begründe.³² Erneut zeigt sich hier das französische außenpolitische Interesse an einer Bindung der Mitgliedstaaten an den französischen Währungsblock. Sollte Belgien sich in währungspolitischer Hinsicht dem Deutschen Reich zuwenden, so hätte das aus der Sicht der Pariser Diplomaten nicht nur wirtschaftliche Konsequenzen, sondern würde auch zu einer – aus französischer Sicht unerwünschten – politischen Stärkung des Deutschen Reiches führen.

Allerdings war die Einschätzung der Bedeutung der Währungsunion in Belgien nicht so einhellig wie es zunächst den Anschein hatte. Der Abbruch der Verhandlungen hatte in Handelskreisen zu erheblicher Unruhe geführt. »In Folge dessen gibt sich in den Handelskreisen große Erregung kund, zumal die Gleichheit des Münzsystems in Frankreich, Italien und der Schweiz bisher den Belgiern eine bedeutende Erleichterung im internationalen Geldverkehr bot«, schrieb die *Allgemeine Zeitung*.³³ Auch die in Belgien sehr einflussreiche Handelskammer von Antwerpen sah die Entwicklung skeptisch. Seit dem Abbruch der Verhandlungen bemerkte man hier erhebliche Störungen des grenzüberschreitenden Handels. Ministerpräsident Beernaert und Oppositionsführer Frère-Orban hatten ihre Ablehnung der Währungsunion vor allem außenpolitisch mit dem weiter drohenden Verlust von nationaler Souveränität be-

31 Chambre des Représentants, Annales Parlementaires, Séance du 11 Août 1885 (Salle du Sénat), Brüssel 1885, S. 1781.

32 MAE à Ministre des Finances, Entwurf, 17.9.1885, MAE Direction Commerciale, Question Monétaire. Union Latine. Convention de 1885.

33 Allgemeine Zeitung, 15.8.1885.

gründet. Dieses Argument spielte für den Handel offenbar eine weniger bedeutsame Rolle, hier verwies man auf die großen Vorteile, die die Währungsunion in wirtschaftlicher Hinsicht habe.

Angesichts dieser Situation bemühten sich nun beide Seiten um einen Kompromiss. Dieser kam nach Verhandlungen zwischen Finanzminister Marie-François Sadi Carnot und Eudore Pirmez am 23. November 1885 zustande. Belgien akzeptierte eine Liquidierungsklausel im neuen Vertrag, übernahm aber nur die Hälfte der durch den Silberpreisverfall entstandenen Verluste. Die andere Hälfte würde Frankreich tragen, allerdings nur bis zu einer Höhe von 200 Millionen Francs.³⁴ Der Kompromiss wurde dann auch von den anderen Mitgliedern der Währungsunion akzeptiert und auf sie mit der Ausnahme Griechenlands angewandt. Der neue Währungsvertrag über die Lateinische Münzunion trat am 1. Januar 1886 in Kraft.

Fazit: Geld-Diskurse in der Lateinischen Münzunion

Im Rahmen der Lateinischen Münzunion lassen sich also drei verschiedene Diskurse über Geld identifizieren, die gleichwohl in einem Gesamtdiskurs eng miteinander verbunden waren. Es handelte sich um einen wissenschaftlichen, einen wirtschaftlichen und einen diplomatischen Diskurs. Im wissenschaftlichen Diskurs wurde in der Mitte des 19. Jahrhunderts intensiv über die Fragen des Geldes und seiner Bedeutung gestritten. Ziel der Debatte war eine Verständigung über das Wesen des Geldes und seine Bedeutung im internationalen Austausch. Es ging also um den Erwerb von Wissen über Geld. Verschiedene Positionen standen sich gegenüber: Die Bimetallisten argumentierten, dass es für eine solide und ausreichende Geldversorgung zweier Währungsmetalle bedürfe, in der Regel Gold und Silber, die hierzu in einem gesetzlich fixierten Austauschverhältnis stehen müssten. Die Monometallisten hingegen plädierten dafür, Geld nur an ein Metall zu binden, da nur so die Stabilität der Währung garantiert sei. Darüber hinaus gab es in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts intensive Debatten über Vor- und Nachteile einer »Weltmünze«, d.h. einer Universalwährung. Auch die Frage nach dem Charakter des Geldes, das seit der Antike existierende Problem, wodurch Geld seinen Wert erhalte, spielte eine Rolle, beispielsweise auf der Konferenz der Währungsunion im Jahr 1885. Die Diskussionen unter den Wissenschaftlern wurden vor allem in Publikationen ausgetragen, aber auch auf verschiedenen internationalen Konferenzen, die oft im Zusammenhang mit Weltausstellungen organisiert wurden, so wie beispielsweise 1867, als in Paris unter Währungsexperten über eine Weltwährung diskutiert wurde.

Ein zweiter Diskurs war jener zwischen den wirtschaftlichen Akteuren. Sie interessierten sich für den möglichst barrierefreien grenzüberschreitenden Handel und betrachteten Geld primär als Instrument zum Tausch von Waren und für die Wertaufbewahrung. In diesem Diskurs spielten einflussreiche Bankiers eine Rolle, vor allem aber die in dieser Zeit entstehenden Handelskammern. Diese waren regionale Interessenvertretungen für die Wirtschaft, die sich gerade in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts immer stärker internationalisierte – man spricht von der ersten Welle

34 Sali Carnot à Pirmez, 24.11.1885, MAE Direction Commerciale, Question Monétaire. Union Latine. Convention de 1885.

der Globalisierung.³⁵ Wichtigstes Ziel der Handelskammern war es, die Transaktionskosten für ihre Mitglieder im grenzüberschreitenden Handel zu senken. Ihre Position in der Währungsdebatte wurde daher weniger von theoretischen Positionen bestimmt als vielmehr von der Region, deren Wirtschaftsinteressen sie vertraten. Auch die Bankiers waren keineswegs einheitlicher Meinung in der Währungsfrage. Die »City« in London plädierte stark für die Goldwährung, weil das ihren globalen Interessen entsprach, Bankiers in Paris waren eher für ein bimetallistisches System, weil sie an dem volatilen Kurs zwischen Gold und Silber verdienten. In diesem Zusammenhang spielte auch die Wirtschaftspresse eine zunehmend wichtige Rolle.

Und schließlich gab es die Debatte unter den Diplomaten. Sie waren in der Regel zuständig für die Außenpolitik, sei es in ministerieller Verantwortung oder als Berufsdiplomaten. Diplomaten waren in der Mitte des 19. Jahrhunderts neue Akteure im Währungsdiskurs. Bis dahin war die Diplomatie noch ein von anderen Bereichen des öffentlichen Lebens, zumal der Wirtschaft, abgetrennter Bereich, der nach weitgehend eigenständigen Regeln funktionierte. Seit den 1860er Jahren begannen sich Diplomaten für die internationale Währungspolitik zu interessieren und entdeckten diese als Instrument ihres Metiers. Ihr Ziel war die (währungs-)politische Selbstbehauptung des Landes gegenüber anderen Staaten und Währungsräumen. Dieser Diskurs war gegenüber der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts und auch der Zeit davor neu. Insbesondere in den 1860er Jahren waren die französischen Diplomaten geradezu begeistert von der Idee, währungspolitische Instrumente einzusetzen. Vor allem unter Napoleon III. prägte diese Idee die französische Politik in der Lateinischen Münzunion. Die Erfahrungen, die man dann in dieser Währungsunion mit dem Zwangskurs und dem Wertverlust der Silbermünzen machte, führten dazu, dass Diplomaten mehr und mehr die Nachteile der Währungsunion berücksichtigten. Hellsichtig wurde dieser Zusammenhang vom französischen Generalkonsul in Leipzig in einem Schreiben an die Pariser Zentrale vom 30. November 1880 zusammengefasst: Ein Währungsabkommen, so der auf Wirtschaftsfragen spezialisierte Konsul, setze

»eine Fülle von Homogenitäten und Solidaritäten zwischen den Vertragsparteien (voraus), die unmöglich sind. Jeder derartige Vertrag ist nur ein Glied in der großen Kette, die die Vertragspartner miteinander verbindet, und die kleinste Erschütterung, die die Situation eines von ihnen erfasst, wird sofort und in der Folge auch von allen anderen empfunden. Wenn es in einem der verbündeten Länder zu einem Krieg oder einer Missernte kommt, werden die Interessen dieses Staates zuerst betroffen sein, aber der elektrische Impuls der Katastrophe wird sich zwangsläufig auf die anderen übertragen.«³⁶

Die Währungspolitik gab den Diplomaten also neue Möglichkeiten der Machtausübung, vergrößerte aber gleichzeitig auch die Abhängigkeit der Staaten untereinander. Dies schränkte die nationale Souveränität ein, deren Erhalt und Verteidigung Diplomaten in dieser Zeit als ein wichtiges Ziel ihrer Tätigkeit betrachteten. Währungen waren also ein zweiseitiges Schwert in der Diplomatie: Sie eröffneten Handlungs-

35 Jürgen Osterhammel/Niels P. Petersson, *Geschichte der Globalisierung. Dimensionen, Prozesse, Epochen*, München 2003.

36 *Consulat Général de France à Leipzig au Ministre des Affaires Etrangères*, 30.11.1880, MAE Direction Commerciale, *Questions monétaires et financières. Conférence de 1881*, Vol. 612.

spielräume, konnten aber wegen ihrer Eigendynamik diese Handlungsspielräume auch sehr schnell wieder einschränken.

Es versteht sich von selbst, dass die hier analytisch vorgenommene Trennung zwischen den Diskursen nicht bedeutet, dass diese unabhängig voneinander waren. Die Debatten beeinflussten sich wechselseitig, Wissenschaftler nahmen als Berater am politischen Prozess teil und die Handelskammern und Bankiers versuchten über Lobbyarbeit ebenfalls die anderen Diskurse in ihrem Sinne zu beeinflussen. Gerade hierin liegt die hohe Komplexität der Gesamtdebatte um das Geld in der Währungsunion. Gleichwohl verliefen die Sub-Diskurse nach je eigener Logik, weil die Kategorien der Bewertung von Geld unterschiedlich waren. Für den wissenschaftlichen Sektor war die Währung eine theoretische Größe, deren realwirtschaftliche Bedeutung im 19. Jahrhundert umstritten war. In der Welt der Wirtschaft war Geld ein Transaktions- und Wertaufbewahrungsmittel. In der Diplomatie hingegen war Geld ein Instrument, mit dem Macht ausgeübt werden konnte, das aber zugleich auch neue Abhängigkeiten zwischen den Staaten schuf. Entscheidend war in jeder Situation, welcher der Diskurse handlungsleitend für die Regierungen wurde. Jedenfalls entstand in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in den internationalen Währungsbeziehungen jene komplexe Situation, an der sich bis heute nichts geändert hat.

Guido Thiemeyer ist Lehrstuhlinhaber für Neuere Geschichte an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Seine Schwerpunkte in Forschung und Lehre sind die Internationale Geschichte, insbesondere die Geschichte der Europäischen Integration und die internationalen Währungsbeziehungen im 19. und 20. Jahrhundert.

E-Mail: guido.thiemeyer@hhu.de